

Die AfD in den Landtagen: Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und „Bewegungs“-Orientierung

Wolfgang Schroeder, Bernhard Weßels und Alexander Berzel*

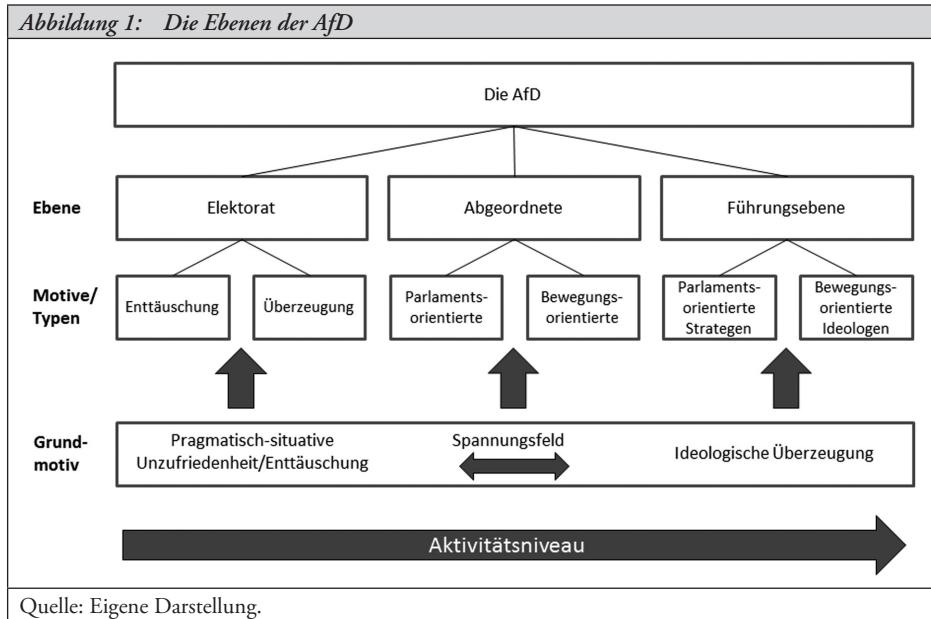
1. Die Ausgangslage für die AfD¹

Schon bei der Bundestagswahl 2013, als die Alternative für Deutschland (AfD) fünf Monate nach ihrer Gründung (13. März 2013) fast aus dem Stand 4,7 Prozent der Zweitstimmen erreichte und den Einzug in den Deutschen Bundestag nur knapp verpasste, deutete sich an, dass sich das Parteiensystem in Deutschland weiter differenzieren und die Struktur des politischen Wettbewerbs verändern könnte. In allen 13 Landtagswahlen seit der Bundestagswahl am 22. September 2013 gelang der AfD der Einzug in die Parlamente. In sieben Ländern erreicht sie zweistellige Wahlergebnisse, in zwei Landtagen ist sie mit Stimmenanteilen von über 20 Prozent zweitstärkste, in weiteren zwei Landtagen drittstärkste Kraft. Sie hat damit die so genannten etablierten Parteien in Unsicherheit gestürzt, teilweise sogar von ihren Stammplätzen verdrängt. Alles in allem sind zwischen 2014 und 2017 exakt 177 AfD-Abgeordnete von insgesamt fast drei Millionen Wählern in die Landesparlamente gewählt worden (vgl. Tabelle 1). Damit gehört die AfD bereits jetzt zu den im politischen Wettbewerb erfolgreichsten Parteien an der rechten Flanke des Parteienspektrums seit 1945.

Unterstützung aus der Wählerschaft erfuhr sie nicht zuletzt aufgrund einer Stimmungslage politischer Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung, die sich nicht in ausreichendem Maße von den etablierten Parteien in Deutschland vertreten sehen. Dabei spielen die Themen Europäische Union, Innere Sicherheit, Flüchtlings- und Migrationsfragen sowie die Sorge um den Wohlstand und die Angst vor sozialem Abstieg eine wichtige Rolle.² Neben situativ beziehungsweise inhaltlich Unzufriedenen, die durch ihre Stimme für die AfD ihren Protest kundtun, kommt Unterstützung von jenen, die aus (ideologischer) Überzeugung das „Volk“ gegen das „Establishment“ in Stellung bringen und damit die etablierten Parteien und deren liberal-demokratischen Präferenzen besonders herausfordern wollen. Es handelt sich also um eine vergleichsweise komplexe Mischung aus Unsicherheit und situativer Unzufriedenheit mit zentralen Politikfeldern auf der einen Seite sowie tief verankerten Vorbehalten gegenüber der modernen Gesellschaft mit ihren spezifischen Zumutungen, ihren tragenden Eliten und hegemonialen Lebensstilen und Deutungsmustern auf der anderen Seite.

* Christian Neusser hat bei der empirischen Arbeit zu dem Projekt maßgeblich mitgewirkt, hat sich aber während des Projektes beruflich verändert.

- 1 Die Analysen und Daten der folgenden Untersuchung beziehen sich auf die zehn AfD-Landtagsfraktionen, die von August 2014 bis September 2016 in die deutschen Landtage eingezogen sind. Die Datenauswertungen beziehen sich, falls nicht anders genannt, auf Stand April 2017.
- 2 Vgl. Frank Decker, Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Partienforschung, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 7 – 23, S. 13; Oskar Niedermayer, Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2015, S. 175 – 207, S. 276.



Diese Mischung aus kulturellen, ideologischen und materiellen Dimensionen spiegelt sich auch darin wider, dass weder unter den Wählern noch den Anhängern und den Mitgliedern der AfD die sozial und ökonomisch Abhängigen dominieren.³ Diese Melange aus Enttäuschten und Überzeugten, aus situativ und inhaltlich Empörten sowie Rechtspopulistern bis hin zu Rechtsextremen lässt eine einfache Verortung der Partei und der Anhängerschaft nicht zu. Offensichtlich ist jedenfalls, dass es nach dem Essener Parteitag der AfD und der Ablösung Bernd Luckes eine deutliche Rechtsverschiebung gab.⁴

Bislang existiert keine komparative und materialgestützte Studie, welche die parlamentarische Präsenz und Wirkungsweise der AfD sowie die Reaktionen parlamentarischer Wettbewerber auf die Partei systematisch untersucht. Da zu diesem Themenkomplex kein umfassenderes valides Material vorliegt, das in einer vergleichenden Perspektive Aufschluss über das Verhalten des neuen parlamentarischen Mitbewerbers AfD gibt, dominiert in diesem Feld häufig die einzelfallbezogene Evidenz. Mit der vorliegenden Studie wird somit ein wichtiges Feld der parlamentarischen Praxis sowie der Wettbewerbssituation auf Ebene der Landesparlamente mit dem neuen Akteur auf der rechten Seite des Parteienspektrums empirisch vermessen.

Bevor die eigentlichen Erkenntnisinteressen unserer Studie angegangen werden, wird ein Blick auf den eleitoralen Kontext der AfD geworfen, weil dieser für die Ausrichtung der Aktivitäten der Partei in den Parlamenten strategisch bedeutsam sein könnte. Die politische Herkunft der AfD-Wählerschaft, ihre soziale Zusammensetzung und Befragungsergebnisse

3 Vgl. Knut Bergmann / Matthias Diermeier / Judith Niebues, Die AfD: Eine Partei der sich ausgiefert fühlenden Durchschnittsverdiener?, in: ZParl, 48. Jg. (2017), H. 1, S. 57 – 75, S. 61.

4 Vgl. Thomas Petersen, Deutsche Fragen – Deutsche Antworten. Am Rand, in: FAZ vom 26. Mai 2017, S. 8.

Tabelle 1: Die AfD in den zehn untersuchten Landtagen (Datum der Wahlen: September 2014 bis September 2016)

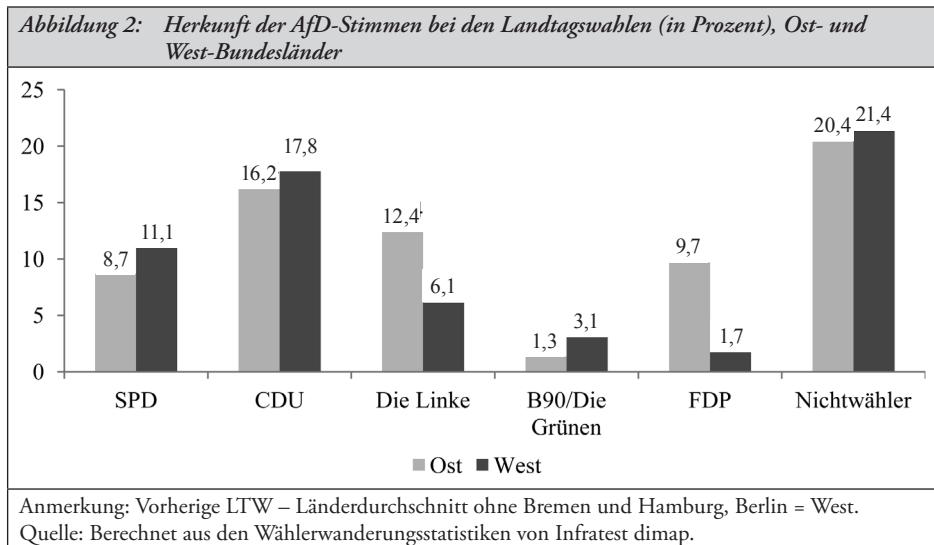
Bundesland	Wahldatum	Zweitstimmen	Stimmenanteil (in Prozent)	Anzahl MdL Beginn WP	Anzahl MdL am 28. Februar 2017	Stärke der Fraktion	Direktmandate
Baden-Württemberg	13.3.2016	809.564	15,1	23	21	3. Kraft	2
Berlin	18.9.2016	231.492	14,2	25	24	5. Kraft	5
Brandenburg	14.9.2014	120.077	12,2	11	10	4. Kraft	0
Bremen	10.5.2015	64.368	5,5	4	1	6. Kraft	0
Hamburg	15.2.2015	214.833	6,1	8	7	6. Kraft	0
Mecklenburg-Vorpommern	4.2.2016	167.852	20,8	18	18	2. Kraft	3
Rheinland-Pfalz	13.3.2016	268.628	12,6	14	14	3. Kraft	0
Sachsen	31.8.2014	159.611	9,7	14	14	4. Kraft	0
Sachsen-Anhalt	13.3.2016	272.496	24,3	25	25	2. Kraft	15
Thüringen	14.9.2014	99.545	10,6	11	8	4. Kraft	0
Gesamt		2.408.466		153	142		25
Nicht berücksichtigte Landtage							
Saarland	26.3.2017	32.971	6,2	3			
Schleswig-Holstein	7.5.2017	60.990	5,9	5			
Nordrhein-Westfalen	14.5.2017	460.479	7,4	16			
Insgesamt		2.962.906		177			

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

sprechen für eine gewisse Heterogenität und Zweiteilung der Anhängerschaft, die sich inhaltlich zwischen Unzufriedenheit und Sorge auffächert, sozialstrukturell zwischen prekären Verhältnissen und einer durchschnittlichen Etabliertheit sowie, was die politische Herkunft betrifft, maßgeblich zwischen einerseits Nichtwählern – bisher sich nicht vertreten Fühlende – und CDU/CSU-Wählern (vgl. Abbildung 2) mit Sorgen, denen ihre vormalige Partei augenscheinlich zu wenig entgegenzusetzen hat.⁵

Bipolarität kennzeichnet auch die Bezeichnungen der Vertreter der AfD für ihre eigene Partei. In seiner Dresdener Rede vom 17. Januar 2017 bezeichnete Björn Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender in Thüringen, den Weg der Partei als den „einer fundamentaloppositionellen Bewegungspartei und einer fundamentaloppositionellen Bewegungsfaktion“. Dieser Perspektive setzte Frauke Petry, damalige Vorsitzende der AfD Sachsen und Bundessprecherin der AfD in ihrem Zukunftsantrag zum Bundesparteitag am 22. April 2017 den „realpolitischen Strategieansatz“ entgegen. Die AfD als Partei pendelt je nach Perspektive und Standpunkt zwischen einer eher „bewegungsorientierten“ und einer eher pragmatischen Parlamentspartei rechts von der Union. Als Bundespartei versucht sie einen Spagat zwis-

5 Vgl. Wählerwanderungsstatistiken für die untersuchten Landtagswahlen von Infratest dimap 2017.



schen einer Formation, die in der Öffentlichkeit nicht als stramm rechtspopulistische Partei dasteht, und dem neurechten Flügel. Es ist zu erwarten, dass diese Bipolarität der Gesamtpartei zwischen sich diametral gegenüberstehenden Optionen und den damit einhergehenden Vorstellungen über ihren Charakter auch in der Arbeit der Landtagsfraktionen zum Ausdruck kommt.

Was bedeutet die Präsenz einer neuen Partei, die sich in einer stigmatisierten Minderheitsposition befindet, in der vielfach der Kurs einer grundsätzlichen Opposition vorherrscht, deren Initiativen für die anderen Parteien zuweilen unberechenbar sind und die beachtliche Erfolge bei den Wahlen verbuchen kann, für die Arbeit in den Parlamenten, für den politischen Wettbewerb und für die politische Mobilisierung? Um diese Fragen zu beantworten, wurden in einem kleinen Forschungsprojekt zu der „AfD in den Landtagen“ eine Fülle von Materialien gesammelt und ausgewertet, vor allem aber anhand von Leitfadeninterviews mit Fraktionsverantwortlichen aller Parteien in den zehn Landtagen mit AfD-Präsenz vor der Saarlandwahl im März 2017 spezifische Einblicke aus der Innen- wie der Außenperspektive der AfD gewonnen.⁶

Im Zeitraum von November 2016 bis März 2017 wurden 41 leitfadengestützte, halb-standardisierte Experteninterviews mit Abgeordneten und führenden Fraktionsvertretern wie Fraktionsvorsitzenden, Parlamentarischen und Fraktionsgeschäftsführern sowie weiteren Fraktionsangestellten und Bediensteten der Landtagsverwaltungen in den zehn Landeshauptstädten durchgeführt. Ein Schwerpunkt lag in den Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der AfD, die uns erste Einschätzungen zum Selbstverständnis sowie zur Arbeits- und Wirkungsweise der AfD-Fraktionen in den Landtagen gaben. Darüber hinaus wurden Gespräche mit Akteuren der anderen im Parlament vertretenen Parteien sowie mit

6 Nicht in allen Fällen konnte mit führenden AfD-Vertretern in den Landtagsfraktionen gesprochen werden. Trotz Gesprächsanfragen kam es entweder zu keiner Rückmeldung, oder es bestanden terminliche Unvereinbarkeiten oder Terminangebote, die nach dem angezielten Ende der Studie lagen.

Landtagskorrespondenten von Tageszeitungen geführt, um einerseits deren Beobachtungen zur AfD im Parlament aufzunehmen und andererseits, im Fall der politischen Wettbewerber, Reaktionsweisen auf die AfD zu erfassen.

Das Erkenntnisinteresse dieser Studie richtet sich auf drei unterschiedliche Gegenstände: Personal, Arbeitsweise und Reaktionen. Zur personellen Zusammensetzung der AfD ist durch die detaillierten Analysen von Rüttgers bereits für acht Landtage umfassendes Material präsentiert worden.⁷ Hierzu werden nur einige ergänzende Ergebnisse vorgestellt, die das personelle Profil der AfD-Fraktionen etwas näher umreißen.

Zur Arbeitsweise der AfD werden verschiedene Aspekte betrachtet: parlamentarische Aktivitäten und inhaltliches Profil sowie Reaktionen der anderen Fraktionen auf die Präsenz der Partei. Zu den inhaltlichen Impulsen der AfD in den Landtagen wurden die Schwerpunktsetzungen bei den Kleinen Anfragen untersucht, ein Instrument, das die AfD weit stärker als die anderen Fraktionen nutzt. Abschließend werden zusammenfassend Folgen des Einzugs der AfD für die anderen Fraktionen und ihre Reaktionen betrachtet und über Perspektiven spekuliert.

2. Personal – zwischen Ideologie und Karriere

Rüttgers analysiert die Abgeordnetenprofile aus acht Landtagen, um Antworten auf die Frage nach der Parlamentsfähig- und -willigkeit zu geben⁸, denn die AfD entsandte fast ausschließlich Politneulinge (von den 153 untersuchten Abgeordneten war zuvor nur einer bereits in einem Landesparlament gewesen). Die Ergebnisse von Rüttgers und auch die hier um zwei Landtage erweiterte Analyse verweisen auf einen insgesamt überproportionalen Männeranteil – nicht nur bezogen auf den Bevölkerungsdurchschnitt, sondern auch auf den Durchschnitt aller Landtagsfraktionen. So beträgt der durchschnittliche Frauenanteil in den zehn untersuchten Landtagen 33,4 Prozent, während dieser Wert in den zehn AfD-Fraktionen bei 14,4 Prozent liegt. Anders als erwartet weist die neue Partei mit fast nur Parlamentsneulingen kein jüngeres Durchschnittsalter auf als die von ihr kritisierten „Altparteien“. Abweichend von den anderen Fraktionen zeigt sich ein sehr hoher Anteil an Selbständigen und an Sicherheitsberufen. 41,8 Prozent der AfD-Landtagsabgeordneten sind selbstständig, während der Anteil dieser Berufsgruppe im Schnitt aller Fraktionen bei 16,7 Prozent liegt. Ähnlich überproportional sind Sicherheitskräfte unter den AfD-Abgeordneten vertreten (13,1 Prozent).

Auch lassen sich unter den Landesparlamentariern der AfD über 20 Prozent ausmachen, für die das Abgeordnetenmandat einen deutlichen sozio-ökonomischen Aufstieg bedeutet. Dabei ist davon auszugehen, dass diese Zahl, die angibt, wie viele aus der Arbeitslosigkeit, als Rentner oder Berufsanfänger in das Mandat gewechselt sind, eher eine Unterschätzung des Anteils der Aufgestiegenen ist. In diesem Sinne ist die AfD für einen nicht unbeträchtlichen Teil auch ein Karrieresprungbrett. Damit ist aber keineswegs gesagt, dass der Weg in die Politik als Beruf und damit das Leben von der Politik das hervorragende Ziel der AfD-Parlamentarier ist.

7 Vgl. Peter Rüttgers, „Parlamentsfähig“? – Die Abgeordneten der AfD in den Landtagen und Bürgerschaften, in: ZParl, 48. Jg. (2017), H. 1, S. 3 – 24.

8 Vgl. ebenda.

Fast 40 Prozent von ihnen waren zu einem früheren Zeitpunkt bereits Mitglied in (mindestens) einer anderen Partei. Im Osten ist dieser Anteil höher als im Westen (42 vs. rund 35 Prozent). In der Literatur ist der Standpunkt verbreitet, die AfD ziehe diejenigen an, die sich von der christdemokratischen Regierungspolitik unter Kanzlerin *Angela Merkel* enttäuscht abwendeten und sich ein entschieden konservativeres politisches Profil wünschten. Der Politikwissenschaftler *Albrecht von Lucke* etwa nennt die AfD ein „Sammelbecken für enttäuschte Konservative und Neoliberalen“⁹. Dabei resultierte Entrückung keineswegs allein aus inhaltlichen Gründen, sondern vielfach auch daraus, dass dort ihren Karriereambitionen nicht entsprochen worden sei. Diese Argumentation stützen einige Fakten aus unserer Untersuchung: Annähernd die Hälfte (46,3 Prozent) der vorherigen Parteizugehörigkeiten von AfD-Abgeordneten entfallen auf die CDU. An zweiter Stelle liegt die FDP (12,2 Prozent). Für die früheren Mitglieder anderer Parteien bestätigen auch die Interviews mit einigen der Vertreter der AfD, dass sie sich im Grundsatz der CDU von *Helmut Kohl* nahe sehen und am liebsten in einer CDU dieses Zuschnitts aktiv wären – Abwendung von der derzeitigen CDU und Zuwendung zur AfD also aus Überzeugung und Entrückung.

Die AfD ist eine junge Partei, die sich noch in ihrer formativen Phase befindet und deren Zukunft offen ist. Aus diesem Grund haben Analysen, die die Partei oder einzelne Landtagsfraktionen in ein starres Korsett einordnen wollen („Realo vs. Fundi“, Liberale vs. National-konservative etc.) häufig nur eine begrenzte Halbwertszeit. Dennoch lassen sich Unterschiede feststellen. Entscheidend dafür, wie eine Fraktion agiert und wie sie von außen wahrgenommen wird, ist an erster Stelle die Art, wie der oder die Fraktionsvorsitzende die „Funktion kommunikativer politischer Führung“¹⁰ ausübt. Weiter gefasst kommt es also darauf an, an welchen kommunikativen Zielen sich die Fraktionsspitze und die dahinter stehende Fraktionsmehrheit orientiert und welche Impulse sie auf dieser Basis aussendet.

Zwei Profile der AfD-Fraktionen lassen sich dabei deutlich unterscheiden: ein parlamentsorientierter und ein „bewegungsorientierter“ Typ. Die Parlamentsorientierten zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen Weg suchen, der letztlich dazu beiträgt, einen dauerhaften Platz rechts von der Union im Parteiensystem einzunehmen, der perspektivisch nicht nur „Erpressungspotential“, sondern auch „Koalitionspotential“ generiert.¹¹ Die „Bewegungsorientierten“ sind, wie der Name schon deutlich macht, vom Akteurstypus der sozialen Bewegung geprägt.¹² Sie wollen nicht koalitionsfähig werden, sondern ihr Erpressungspotential ausspielen, um die Richtung des Parteienwettbewerbs zu beeinflussen. Vor allem sehen sie sich als Sprachrohr rechter Vorfeldorganisationen und versuchen, ihre eigenen Anhänger auf der Straße und insbesondere im Netz zu mobilisieren. Diesem Idealtyp am nächsten kommt die thüringische Fraktion rund um ihren Vorsitzenden *Björn Höcke*, der als eine der Gallionsfiguren der neuen Rechten regelmäßig eigene AfD-Demonstrationen veranstaltet oder an ihnen als Redner teilnimmt.

9 *Albrecht von Lucke*, Heilsame Verwirrung? Der Euro, die Linke und die AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 57. Jg. (2013), H. 6, S. 5 – 8, S. 6.

10 Werner J. Patzelt, Länderparlamentarismus, in: *Heribert Schneider / Hans-Georg Wehling* (Hrsg.), Landespolitik in Deutschland. Grundlagen, Strukturen, Arbeitsfelder, Wiesbaden 2006, S. 108 – 129, S. 113.

11 Vgl. Giovanni Sartori, Parties and Party Systems: A Framework for Analysis, Cambridge 1976, S. 12 – 124.

12 Vgl. Dieter Rucht, Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien, in: Journal für angewandte Sozialforschung, 27. Jg. (1987), H. 3/4, S. 297 – 313.

Zum ersten Typus der Parlamentsorientierten zählen die Fraktionen von Rheinland-Pfalz (*Uwe Junge*), Sachsen (*Frauke Petry*) und Berlin (*Georg Pazderski*); der Typus der „Bewegungsorientierten“ wird insbesondere durch die thüringische (*Björn Höcke*), sachsen-anhaltische (*André Poggenburg*) und brandenburgische Fraktion (*Alexander Gauland*) repräsentiert.¹³ Aber in den Fraktionen können die Übergänge fließend sein; in der Regel sind durchaus Vertreter beider Richtungen präsent, so dass es auch nicht wundert, dass zwischen den Fraktionen recht stabile Kooperationsnetzwerke bestehen.

3. Aktivitäten – zwischen Plenumsarbeit und Kommunikation in sozialen Medien

Trotz aller Unterschiede in der Dimension der Bipolarität zwischen „Bewegungs-“ und Parlamentsorientierung zwischen den Bundesländern sind über die Fraktionen hinweg übereinstimmende Muster in ihren parlamentarischen Aktivitäten erkennbar. Auf den ersten Blick versuchen die AfD-Fraktionen, ihre Funktion der Regierungskontrolle wahrzunehmen.¹⁴ Sie nutzen das Spektrum parlamentarischer Instrumente, insbesondere die Kleinen Anfragen (siehe Abschnitt 4), nach einer gewissen Eingewöhnungsphase in ähnlichem Ausmaß wie die anderen Oppositionsparteien. Auch die Ausschüsse werden selbstverständlich besetzt und zustehende Vorsitze wahrgenommen. Zu Beginn der Wahlperioden wurde in mehreren Landtagen seitens der AfD Kritik an einer unzureichenden Gewährung von Minderheitsrechten artikuliert. In Rheinland-Pfalz wurde infolge einer Änderung der Geschäftsordnung (Umstellung des Zählverfahrens zur Besetzung der Ausschüsse im Landtag auf D'Hondt, wodurch die AfD statt zwei nur einen Abgeordneten je Ausschuss entsenden kann) sogar eine Verfassungsklage avisiert. Ein Gutachtenauftag an den Speyerer Verfassungsrechtler *Hans Herbert von Arnim* unterstreicht den Nachdruck, mit dem die Fraktion für ihre Rechte eingetreten ist.¹⁵ Ein wiederkehrendes Muster in vielen Landtagen war die Forderung der AfD nach mehr Transparenz in der Ausschussarbeit der Parlamente. Vielfach sprach sie sich für öffentliche Sitzungen der Ausschüsse aus, was bislang noch nicht alle Geschäftsordnungen der Landtage als Regelfall vorsehen. Diese Forderung wurde von AfD-Politikern mit dem Hinweis begründet, die etablierten Parteien hätten den Draht zu den Bürgern verloren. Daher müssten etwa durch prinzipiell öffentliche Ausschusssitzungen die Bürger besser in die Lage versetzt werden, sich ein umfassendes Meinungsbild über die parlamentarische Arbeit der Volksvertreter zu bilden. Gekoppelt wurde diese Kritik oftmals mit dem Hinweis auf fehlende direkte Beteiligungsrechte in der repräsentativen Demokratie.

Ein zweiter Blick zeigt einen starken Kontrast zwischen eigenen Ansprüchen und Kritik gegenüber den etablierten Parteien auf der einen Seite und der eigenen Fraktionsarbeit auf

13 Die anderen Fraktionen stellen Mischtypen dar. Hamburg tendiert aufgrund seiner ungeklärten Führungsposition und dadurch entstehender innerfraktioneller Heterogenität nur leicht in Richtung Parlamentsorientierung, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern neigen zur „Bewegungsorientierung“.

14 Vgl. *Siegfried Mielke / Werner Reutter*, Landesparlamentarismus in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme, in: *dies.* (Hrsg.), Landesparlamentarismus in Deutschland, Wiesbaden 2012, S. 23 – 65, S. 52 – 55.

15 Vgl. *Mario Thurnes*, AfD streitet um zusätzliche Sitze in Ausschüssen des rheinland-pfälzischen Landtags“, in: Allgemeine Zeitung online vom 2. Juli 2016, http://www.allgemeine-zeitung.de/politik/rheinland-pfalz/afd-streitet-um-zusaetzliche-sitze-in-ausschuessen-des-rheinland-pfaelzischen-landtags_17044329.htm (Abruf am 28. November 2017).

der anderen Seite, denn schon in den Arbeitsroutinen der AfD-Landtagsfraktionen bestehen nach wie vor große Professionalisierungsdefizite. Die parlamentarische Professionalisierung verläuft nur schleppend. Die bislang nur schwach ausgebauten Kompetenzen in den konkreten Politikfeldern tritt insbesondere in der Ausschussarbeit zutage, wenn etwa in Beratungen zur Haushaltsumsetzung, einem zentralen Recht des Parlaments, vertiefte Sachkenntnisse fehlen. So berichteten Gesprächspartner aus dem Brandenburger Landtag, dass Änderungsanträge der AfD-Fraktion in den Haushaltsberatungen auch nach über zweijähriger Praxis im Landtag zwar in hoher Anzahl gestellt würden, diese qualitativ aber weitgehend oberflächlich blieben und kaum Lernprozesse zu erkennen seien. Ebenso mangelt es weiterhin an Know-how im Bezug auf Verfahren. So kann es zwar als Anfängerfehler gewertet werden, wenn in Baden-Württemberg bei der Auswahl der Ausschussvorsitze die Entscheidung der AfD auf den Wahlprüfungsausschuss fällt – einen Ausschuss, der lediglich einmal nach der Wahl zusammentritt und somit von sehr begrenzter politischer Bedeutung ist. Bei mehr Erfahrung wäre eine solche Auswahl vermutlich nicht getroffen worden.

Ein Kompetenzgefälle zwischen langjährigen Abgeordneten und Parlamentsneulingen bei Verfahrens- und Inhaltsfragen in der routinemäßigen Ausschussarbeit ist nachvollziehbar, sollte aber ein Anfangsphänomen darstellen. Wenn nach einer mehr als einjährigen Lernphase noch immer wichtige Fragerunden an die jeweilige Landesregierung ohne AfD-Beteiligung stattfinden, teilweise einfach deshalb, weil Fristen zur Einreichung der Fragen verpasst wurden, geht das über Anfängerfehler hinaus. Selbst Parlamentarische Geschäftsführer der AfD, die aufgrund ihrer Rolle ein besonderes Augenmerk für Verfahrensfragen sowie parlamentarische Abläufe entwickeln sollten, blieben in mehreren Fällen auch nach längerer Einarbeitungszeit in Detailfragen zur Geschäftsordnung in einem semiprofessionellen Politikmodus. So trat in Sachsen-Anhalt der in der konstituierenden Sitzung gewählte Landtagsvizepräsident der AfD-Fraktion nach nur sechs Wochen zurück. Er reichte noch am selben Tag seinen Rücktritt ein, nachdem er zum ersten Mal mit der Sitzungsleitung beauftragt und mit dieser Aufgabe überfordert war.¹⁶ Fehlende Vorerfahrung der Abgeordneten der AfD mit parlamentarischen Abläufen auf der Landes- oder Bundesebene kann zwar als Teilerklärung greifen, ist aber ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr glaubwürdig anzuführen.

Ein weiterer Aspekt des Auftretens der Partei wirft zumindest für Teile der AfD-Abgeordneten die Frage auf, ob sie überhaupt an einer parlamentarischen Professionalisierung interessiert sind. Die Arbeitsweise der Fraktionen ist durch die starke Nutzung symbolischer Elemente mit dem Ziel einer aufmerksamkeitsorientierten Inszenierung des eigenen Handelns gekennzeichnet.¹⁷ Die dabei zutage tretende Tendenz zur Vereinfachung und Priorisierung erfolgt mit dem Ziel, sich als „Kümmerer“ darzustellen, was durchaus als stilbildend für die Parlamentsarbeit der AfD angesehen werden kann. In diesem Sinne kann auch von einer Inkongruenz zwischen der Darstellung und der Herstellung von Politik zu Lasten letzterer gesprochen werden, die nicht nur, aber insbesondere bei der AfD ausgeprägt ist.¹⁸

16 Vgl. *Jan Schumann*, AfD-Mann Willi Mittelstädt nun doch zum Vize-Präsidenten gewählt, in: Mitteldeutsche Zeitung online vom 30. September 2016, <http://www.mz-web.de/sachsen-anhalt/landespolitik/landtagafd-mann-willi-mittelstaedt-nun-doch-zum-vize-praesidenten-gewaehlt-24830674> (Abruf am 31. Mai 2017).

17 Zu symbolischer Politik vgl. zum Beispiel *Ulrich Sarcinelli*, Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System, Wiesbaden 2011.

18 Vgl. ebenda.

Der Befund wird durch weitere Auffälligkeiten gestützt. So nutzten mehrere Fraktionen selbst geschaffene Inszenierungen, so genannte „Pseudo-Ereignisse“¹⁹, um Aufmerksamkeit auf ein eigenes Thema oder die vorgebliche Ausgrenzung durch die anderen Fraktionen zu lenken. Die Abgeordnete *Wiebke Muhsal* etwa erschien im Thüringer Landtag im Niqab, um auf einen Gesetzentwurf zur Vollverschleierung in der Öffentlichkeit hinzuweisen. In Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Brandenburg verließen die AfD-Fraktionen unter viel Tumult geschlossen Plenarsitzungen. Auch wenn dies nur in ganz wenigen Einzelfällen praktiziert wurde, sprengt dies übliche parlamentarische Gepflogenheiten. In Sachsen-Anhalt attackierte der AfD-Fraktionsvorsitzende in scharfem Ton den Ministerpräsidenten, der sich in seiner Regierungserklärung gegen Hass und Gewalt in der Gesellschaft sowie für einen humanen Umgang mit Flüchtlingen ausgesprochen hatte. Anschließend zog die AfD-Fraktion geschlossen aus dem Plenarsaal aus, um auf dem Platz vor dem Parlament an einer Demonstration teilzunehmen.²⁰ Auch im Brandenburger Landtag verließ die AfD-Fraktion geschlossen den Plenarsaal. Sie protestierte damit gegen den Ausschluss ihres stellvertretenen Fraktionsvorsitzenden von der Plenarsitzung wegen groben Verstoßes gegen die Parlamentsordnung.²¹ Jenseits dieser Inszenierungen gegen Gepflogenheiten der parlamentarischen Routine waren immer wieder minutiös geplante Interventionen der AfD bei Plenardebatten zu registrieren.

Seit die AfD in den Landesparlamenten mitwirkt, ist in den meisten Parlamenten eine emotionalere, stärker polarisierende und nervösere Stimmungslage eingekehrt, was sich beispielsweise am Anstieg der Ordnungsrufe zeigt (vgl. Tabelle 2).

Im Kern geht es der AfD in den Parlamenten weniger um die Kontrolle der Regierung, sondern vielfach um aufmerksamkeitsorientierten Protest und Provokation. Dies ist eine Vorgehensweise, die die Partei als Strategie insbesondere zur Distanzierung vom Establishment und von der „politischen Klasse“ begreift.²²

Auch wenn Ähnliches für manch andere Oppositionsfaktion auch gesagt werden könnte, ist die Vorgehensweise der AfD vergleichsweise multimedialer, tabuverletzender und aggressiver. Dafür sind zwei Spezifika der AfD-Fraktionen verantwortlich: Erstens verweigern sie sich keineswegs der Mitarbeit im Plenum, sondern sehen dieses ganz im Gegenteil als eine Bühne für Signale in Richtung der eigenen Anhängerschaft. Anders sieht es, wie oben beschrieben, in vielen Ausschüssen aus. In Interviews mit parlamentarischen Beobachtern wurde immer wieder von einer „blassen“, unauffälligen oder sich gar durch Abwesenheit auszeichnenden Ausschuss-Performanz der AfD-Abgeordneten gesprochen. Dabei stellen

19 Vgl. Daniel J. Boorstin, *The Image. A Guide to Pseudo-events in America*, New York 1987.

20 Vgl. Michael Bock, AfD sorgt für Eklat, in: Volksstimme online vom 3. Juni 2016, <http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/landtag-afd-sorgt-fuer-eklat> (Abruf am 31. Mai 2017).

21 Vgl. Alexander Fröhlich / René Garzke, Strategische Provokation, in: Potsdamer Neuste Nachrichten online vom 16. Dezember 2016, <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1140861/> (Abruf am 31. Mai 2017).

22 Dieses Muster wird auch in einem internen Strategiepapier des AfD-Bundesverbands vom Dezember 2016 deutlich. So heißt es im Kapitel über die AfD in den Landtagen: „Die Chancen und Risiken der parlamentarischen Arbeit sind immer wieder sorgfältig gegeneinander abzuwägen, Routine muss vermieden werden. Die AfD darf nicht zu einem gut laufenden Rädchen im Getriebe eines Landtags werden, sondern muss immer auch bedenken, dass sie ein gutes Stück vom Protest gegen den Status quo lebt.“ AfD, Programm für Deutschland, in: AfD online vom 27. Juni 2016, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (Abruf am 25. Oktober 2017), S. 28.

Tabelle 2: Ordnungsrufe in den Landesparlamenten im Vergleich

Land	aktuelle Wahlperiode	pro 100 Tage	davon AfD	Wahlperiode davor	pro 100 Tage	Tage
Baden-Württemberg	4	1,6	4	4	0	0,0
Berlin	1	1,5	0	0	8	0,4
Brandenburg	3	0,4	3	3	1	0,1
Bremen	–				–	
Hamburg	8	1,2	3	3	19	1,3
Mecklenburg-Vorpommern	4	4,5	3	3	307	16,8
Rheinland-Pfalz	7	3,1	5	5	8	0,4
Sachsen	3	0,4	1	1	76	4,2
Sachsen-Anhalt	2	0,8	2	2	0	0,0
Thüringen	93	11,5	46	46	57	3,1
Gesamt	125	28,0	76	76	476	26,7

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Anzahl der Ordnungsrufe aufgeteilt in absolute Zahlen und vergleichend pro 100 Tage für die aktuelle (bis Ende 2016) sowie die vorherige Wahlperiode. Für die aktuelle Wahlperiode ist zudem ausgewiesen, wie viele der Ordnungsrufe der AfD galten.

Quelle: Eigene Recherche auf Grundlage einer Abfrage der jeweiligen Parlamentsdatenbanken beziehungsweise der jeweiligen Wissenschaftlichen Dienste.

Mielke und *Reutter* für Landesparlamente fest, dass „Ausschüsse die bedeutendsten Arbeitsorgane sind, hinter denen das Plenum zurückfällt“²³. Für die AfD gilt diese Priorisierung nicht, sie setzt auf eine klare Polarität zwischen Aktiv-mitmachen-Wollen im öffentlich sichtbaren Plenum („Voice“) und Eher-nicht-aktiv-mitmachen-Wollen in den nichtöffentlichen Ausschüssen („Exit“).

Zweitens setzt die AfD verstärkt auf einen Wandel des Kommunikationsmodus, der mit den neuen sozialen Medien und dem Internet operiert. Wo etablierte Parteien noch immer stärker auf klassische Medien setzen²⁴, muss und will die AfD andere Wege gehen, schon weil ihr langjährige Netzwerke mit den Medien fehlen und sie sich durch diese nicht so umfassend und fair („Lügen- und Lückenpresse“) wie die Konkurrenzparteien behandelt fühlt.²⁵ Auch wenn *Uwe Jun* lediglich von „moderaten Veränderungen im politischen Kommunikationsverhalten“²⁶ spricht, stellen Online-Medien für Poltaufenseiter „eine kostengünstige Plattform der Aufmerksamkeitsgewinnung, Meinungsäußerung, Mobilisierung von Protest und Organisation von entsprechenden Veranstaltungen“²⁷ dar. Dass „On-

23 Siegfried Mielke / Werner Reutter, a.a.O. (Fn. 14), S. 46.

24 Gut zu erkennen an der Kommunikationsdramaturgie rund um die Kür von *Martin Schulz* zum Kanzlerkandidaten der SPD, bei der *Sigmar Gabriel* seinen Verzicht auf die Kandidatur via Zeit und Stern medial lancierte.

25 So werden beispielsweise Routinen wie das nachträgliche Streichen von Interviewpassagen oder die namentliche Nennung als „Belohnung“ für zugespielte Informationen vonseiten der Journalisten weniger akzeptiert.

26 *Uwe Jun*, Medialisierung von Parteien – strategische Notwendigkeiten und ihre Wirkungen, in: *ders. / Michael Jäckel* (Hrsg.), *Wandel und Kontinuität der politischen Kommunikation*, Opladen 2015, S. 17 – 43, S. 36.

27 Ebenda, S. 37.

Tabelle 3: Vergleich der Nutzung sozialer Medien – AfD-Fraktionen vs. reichweitenstärkste andere Fraktion (auf Basis von Facebook-Likes und Twitter-Follower, jeweils zum 31. März 2017)

Land	AfD Facebook	Größte andere Fraktion Facebook	AfD Twitter	Größte andere Fraktion Twitter
Baden-Württemberg	5.137	4.178 (SPD)	362	1.266 (Grüne)
Berlin	2.799	4.195 (Linke)	1.905	5.431 (Grüne)
Brandenburg	17.687	2.085 (SPD)	1.915	2.190 (CDU)
Bremen	–	–	–	–
Hamburg	4.730	6.139 (Linke)	1.058	2.301 (Linke)
Mecklenburg-Vorpommern	3.573	3.530 (CDU)	1.122	726 (SPD)
Rheinland-Pfalz	4.770	1.768 (SPD)	–	–
Sachsen	13.004	2.983 (CDU)	2.848	2.526 (Linke)
Sachsen-Anhalt	6.300	2.657 (Linke)	719	1.632 (Linke)
Thüringen	14.724	4.087 (CDU)	–	–

Anmerkung: Es wurden jeweils die Landtagsaccounts der Fraktionen ausgewertet, die Accounts der Landesverbände wurden – auch falls es keinen Landtagsaccount gibt – nicht in die Analyse einbezogen.

Quelle: Eigene Recherche auf Basis des Analysedienstes Pluragraph.

line-Medien“ in diesem Zusammenhang die bessere Begrifflichkeit im Vergleich zu einer Einengung auf soziale Netzwerke ist, zeigt die Süddeutsche Zeitung mit einer ausführlichen Datenrecherche.²⁸ Sie verdeutlicht, wie umfassend und relativ abgeschottet die Vernetzung der AfD-Fraktionen mit ihren Anhängerschaften ist. Es sind einerseits die üblichen sozialen Netzwerke wie Facebook und andererseits bestimmte Blogs, Foren oder Online-Zeitungen, die für die Kommunikation mit der AfD-Anhängerschaft genutzt werden und sich in ihrer Wirkung gegenseitig verstärken.

Tabelle 3 zeigt die Nutzung sozialer Medien durch die AfD-Fraktionen im Vergleich mit ihren reichweitenstärksten Kontrahenten.²⁹ Sieben von neun AfD-Fraktionen nehmen in ihrem jeweiligen Landtag bezogen auf die Zahlen bei Facebook den Spaltenplatz ein, fünf davon mit großem Abstand. Die drei Fraktionen mit einer fünfstelligen Zahl an Likes (Brandenburg, Sachsen, Thüringen) profitieren dabei sicherlich auch davon, dass sie mit *Frauke Petry* (199.921 Likes, Sachsen) und *Björn Höcke* (46.193, Thüringen) die beiden reichweitenstärksten Fraktionsvorsitzenden beziehungsweise mit *Alexander Gauland* (Brandenburg, kein eigener Facebook-Account) jeweils eines der Gesichter der Partei in ihren Reihen haben. Dies führt durch die mediale Präsenz zu erhöhter Aufmerksamkeit auch in den sozialen Netzwerken, bietet aber gleichzeitig die Möglichkeit, die Inhalte untereinander zu teilen und dadurch wiederum mehr Views, Interaktion und in der Folge mehr Likes zu erhalten.

28 Vgl. *Katharina Brunner / Sabrina Ebitsch*, Von AfD bis Linkspartei – so politisch ist Facebook, in: Süddeutsche Zeitung online vom 2. Mai 2017, <http://www.sueddeutsche.de/politik/politik-auf-facebookrechte-abschottung-ohne-fi-lterblase-1.3470137> (Abruf am 24. Mai 2017).

29 Ein rein quantitativer Bezug auf Reichweiten dient dabei lediglich der Annäherung und ist methodisch mit Vorsicht zu genießen. Die AfD profitiert hier von dem bereits angesprochenen in sich geschlossenen parteinahen Netzwerk. Gerade bei den Fraktionen mit hohen Reichweiten liegt die Vermutung nahe, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Likes/Follower nicht aus dem entsprechenden Bundesland kommt und so starke Überschneidungen der Nutzergruppen vorliegen dürften.

Für die parlamentarische Arbeitsweise von Bedeutung ist, dass neben die gezielte Provokation die Absicht tritt, sich von den etablierten Parteien zu distanzieren und sich auf deren Kosten zu profilieren – im Plenarsaal klassisch analog, digital in den sozialen Medien.³⁰ Das Parlament ist für die AfD-Fraktionen Spielbein und Standbein, Ruhe und Bewegung, Provokation und Mitarbeit, drinnen und draußen und dadurch ein Abbild der Bipolarität zwischen „Bewegung“ und Partei.

4. Inhalte – zwischen Breite und Verengung

Die Selbstdarstellung und der öffentliche Diskurs über die inhaltliche Ausrichtung der AfD legen bestimmte inhaltliche Schwerpunktsetzungen der Partei nahe. Dazu gehören Opposition gegenüber und Kritik an den Etablierten oder den Eliten, eine anti-europäische, nationalistische Positionierung und Kritik an der repräsentativen Demokratie ebenso wie eine Ausrichtung auf Innere Sicherheit und Ordnung sowie auf Fragen der Migration, Fluchtbewegungen, Integration und Asyl. Nicht alle diese Inhalte sind in der Landespolitik gefragt und unterzubringen, so dass die Vermutung naheliegt, dass die Profilierung in den Landtagen sich auf die Aspekte Sicherheit und Ordnung sowie Migration, Integration und Asyl konzentriert. Folge einer derartigen Profilierung wäre zwar nicht lediglich eine Ein-Punktpartei, aber auch nicht viel mehr. Es ist anzunehmen, dass die AfD-Landtagsfraktionen weit weniger breit inhaltlich aufgestellt sind als die etablierten Landtagsparteien.

Die inhaltliche Arbeit einer Fraktion lässt sich anhand verschiedener Aspekte untersuchen. Hierzu gehören Anträge, Initiativen und Anfragen. Eine Analyse der geringen Zahl der Anträge zeigt eine starke Konzentration auf das Thema Innere Sicherheit. Auch fast ein Drittel der Gesetzesinitiativen der AfD-Fraktionen befasst sich mit Problemen der Sicherheit und Ordnung, ein weiteres knappes Fünftel mit Zuwanderung und Integration. Insgesamt sind in den untersuchten Landtagen diese Aktivitäten aufgrund ihrer geringen Anzahl nicht geeignet, die parlamentarische Praxis und inhaltliche Fokussierung zuverlässig abzubilden. Aufgrund der Quantität bieten Kleine Anfragen eine bessere Ausgangsbasis, um das inhaltliche Profil der Fraktionen zu bestimmen. Die Datenbank der Webseite „kleineanfragen.de“ ist für vergleichende Analysen eine ideale Quelle. Presserechtlich verantwortlich für die Seite ist die Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. Auf der Webseite stehen die Informationen über beantwortete Kleine Anfragen nach Landtagen und Wahlperioden mit Datum, Fragesteller, angefragtem Ministerium, Titel der Anfrage sowie vollständigem Link auf den jeweiligen Parlamentsserver zur Verfügung.³¹

Kleine Anfragen sind das einfachste Instrument der Regierungskontrolle. Sie werden wohl deshalb insbesondere von den Abgeordneten der AfD-Fraktionen sehr rege genutzt. Von Oktober 2014 bis April 2017 wurden in den zehn untersuchten Landtagen circa

30 Beispielhaft für eine solche Inszenierung der AfD auf Kosten der anderen Parlamentsakteure ist ein Redebeitrag des Brandenburger AfD-Abgeordneten *Steffen König* im Plenarsaal im Sommer 2016. Einziger Inhalt der rund vierminütigen Rede zum Thema „Genderwahn“ ist eine Aufzählung unterschiedlichster geschlechterspezifischer Anreden. Das Video wurde auf Facebook über 500.000 Mal, auf Youtube circa 50.000 Mal aufgerufen (vgl. Youtube 2016, <https://www.youtube.com/watch?v=HMzzuJ08PwM>, Abruf am 28. November 2017).

31 Der Link zur Seite lautet <https://www.kleineanfragen.de>. Dort steht für eigene Auswertungen die Datenbank inklusive Volltext der Dokumente zur Verfügung.

22.600 Kleine Anfragen gestellt, 4.694, also circa 20 Prozent, von den Abgeordneten der AfD-Fraktionen. Wie Tabelle 4 zeigt, bestehen in der Nutzung Kleiner Anfragen große Unterschiede zwischen den AfD-Fraktionen. Im Durchschnitt stellt ein AfD-Abgeordneter jeden Monat 1,8 Kleine Anfragen.³² Die sächsischen AfD-Abgeordneten machen von diesem Instrument am intensivsten Gebrauch (je 4,2 Kleine Anfragen pro Monat); unter den Fraktionen, die im April 2017 mindestens schon zwölf Monate existierten, weist die Fraktion in Sachsen-Anhalt den geringsten Koeffizienten auf (1,4). Eine nochmals deutlich geringere Zahl ergibt sich für Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit 0,5 und 0,6 Kleinen Anfragen pro Abgeordnetem im Monat. Diese Zahlen sind aber nicht überzubewerten, da diese Fraktionen noch sehr jung sind (vgl. Tabelle 4).

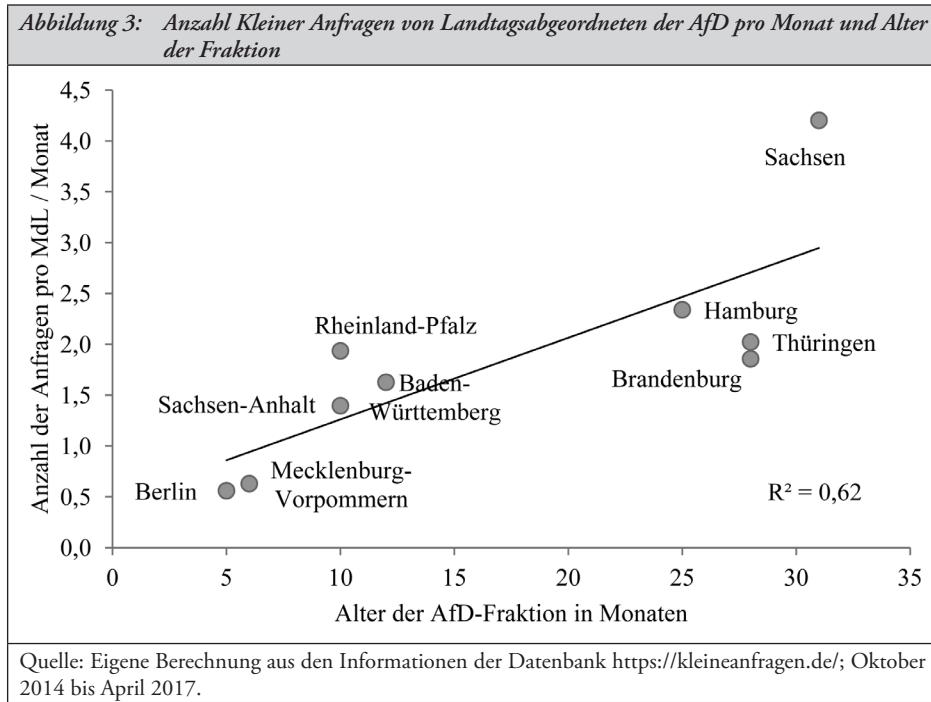
Wenn der Faktor Zeit berücksichtigt wird, wird deutlich, dass „learning on the job“ nun einmal dauert – das betrifft sowohl die einzelnen Abgeordneten als auch den Aufbau eines arbeitsfähigen Fraktionsapparates mit ausreichender Professionalität. Sachsen hat die älteste AfD-Fraktion und den höchsten Wert Kleiner Anfragen pro MdL im Monat, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit den jüngsten AfD-Fraktionen zeigen die geringsten Werte. Der Zusammenhang zwischen dem Alter der Fraktion und der Nutzung parlamentarischer Instrumente wie Kleiner Anfragen scheint fast linear, wie Abbildung 3 zeigt, und der statistische Zusammenhang zwischen dem Fraktionsalter in Monaten und den Anfragen pro MdL im Monat ist gemessen am Quadrat des Korrelationskoeffizienten, dem so genannten Anteil erklärter Varianz R², mit 0,62 sehr hoch. Hierin kann durchaus ein erstes Zeichen für die Wirkung des parlamentsorientierten Ansatzes gesehen werden, schnell in eine professionell wirkende Oppositionsarbeit zu gelangen.

Tabelle 4: Nutzung Kleiner Anfragen durch die AfD-Fraktionen in neun Landtagen

Land	Anzahl Kleine Anfragen	Kleine Anfragen pro MdL pro Monat
Baden-Württemberg	449	1,6
Berlin	70	0,6
Brandenburg	572	1,9
Hamburg	468	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	68	0,6
Rheinland-Pfalz	271	1,9
Sachsen	1.824	4,2
Sachsen-Anhalt	349	1,4
Thüringen	623	2,0
Ost	3.506	1,8
West (ohne Bremen)	1.188	2,0
Gesamt	4.694	1,8

Anmerkung: Da die Möglichkeit, Kleine Anfragen an den Senat zu stellen, in der Bremischen Bürgerschaft nur bei Fraktionsstärke gegeben ist, wird Bremen in der Tabelle nicht berücksichtigt.
Quelle: Eigene Berechnungen aus den Informationen der Datenbank <https://kleineanfragen.de/>; Zeitraum: Oktober 2014 bis April 2017.

32 Kleine Anfragen werden mit Ausnahme von Bremen von einzelnen Abgeordneten gestellt. Um dies abzubilden, bezieht die Analyse die Fraktionsgröße in die Rechnung mit ein.

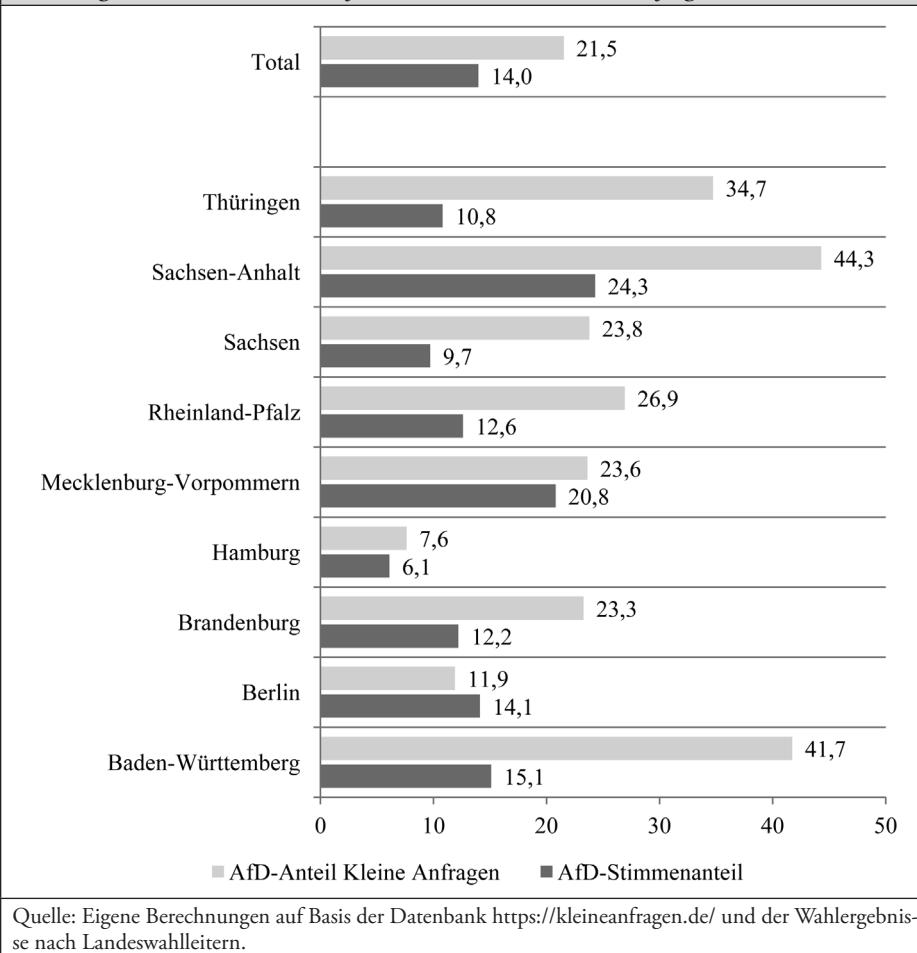


Vergleicht man die Stimmenanteile der AfD mit ihren Anteilen an den Kleinen Anfragen wird deutlich, dass sie in stärkerem Maße, als es ihrem Stimmenanteil entspräche, Kleine Anfragen lanciert – für eine Oppositionspartei sicherlich noch kein besonders hervorzuhebender Befund, auch wenn der Durchschnitt über die Länder hinweg 21,5 Prozent der Kleinen Anfragen bei einem länderdurchschnittlichen Stimmenanteil von 14 Prozent beträgt. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den Landtagen beträchtlich. In Baden-Württemberg und Thüringen liegt der Anteil Kleiner Anfragen fast dreimal so hoch wie der Stimmenanteil, in Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt etwa doppelt so hoch, und in Berlin, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern entspricht er in etwa dem Stimmenanteil (vgl. Abbildung 4).

Je nach Landtag werden damit Kleine Anfragen unterschiedlich stark von AfD-Fraktionen genutzt. In Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt, wo mehr als 40 Prozent aller Kleinen Anfragen von der AfD stammen, und in Thüringen, wo es mehr als ein Drittel sind, gehören Kleine Anfragen wohl zur besonderen Strategie der AfD-Fraktionen, um Regierung und Verwaltung unter Druck zu setzen.

Um die inhaltliche Schwerpunktsetzung der AfD-Fraktionen in den Kleinen Anfragen zu bestimmen, muss zunächst eine inhaltsanalytische Kodierung nach den Gegenständen der Anfragen vorgenommen werden. Die Titel sind somit das empirische Ausgangsmaterial für die Analyse. Sie wurden in Wörter zerlegt und diese Liste um Zahlen, Datumsangaben, Sonderzeichen, Füllwörter, Zeitbezüge, Orts- und Landesbezeichnungen und Ähnliches reduziert. 104 Begriffe oder Begriffsteile konnten Politikfeldern zugeordnet werden und damit 58 Prozent aller Kleinen, die jeweils durch eine unterschiedliche Zahl von Begriffen repräsentiert werden. Kodiert wurden Bildung (15 Begriffe), Migration – Integration – Asyl

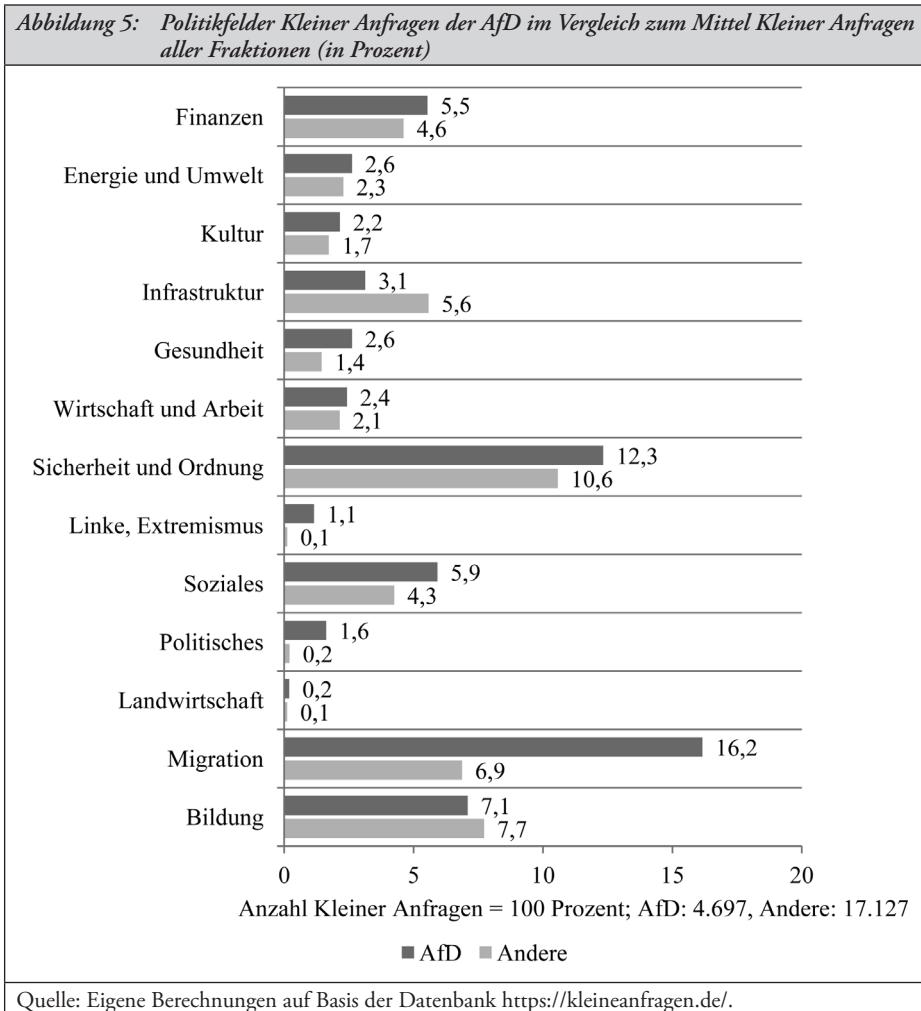
Abbildung 4: Stimmenanteil der AfD und Anteil an den Kleinen Anfragen (in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank <https://kleineanfragen.de/> und der Wahlergebnisse nach Landeswahlleitern.

(14), Landwirtschaft (2), Politischer Extremismus (3), Soziales (8), Linke (2), Sicherheit und Ordnung (20), Wirtschaft (7), Gesundheit (5), Infrastruktur (12), Kultur (4), Energie und Umwelt (9) sowie Finanzen (5).

Die eingangs formulierte Erwartung, dass die AfD sich in den Landtagen vor allem mit den Themen Sicherheit und Ordnung sowie Integration, Migration und Asyl profilieren würde, wird von der Betrachtung im Durchschnitt aller neun untersuchten Landtage bestätigt. Rund 16 Prozent der Kleinen Anfragen der AfD haben Migration zum Gegenstand, weitere etwa zwölf Prozent Sicherheit und Ordnung. Damit richten sich fast 30 Prozent aller Kleinen Anfragen auf diese beiden inhaltlichen Felder. Allerdings setzt sich die AfD nur bei der Migration von den anderen Fraktionen ab, die dieses Thema nur in etwa sieben Prozent der Kleinen Anfragen behandeln. Bei Fragen der Inneren Sicherheit jedoch gibt es kaum einen Unterschied zu den anderen Fraktionen. Die weiteren Politikfelder sind wesentlich weniger stark besetzt und die Unterschiede nicht so groß wie beim Themenfeld Migration. Auffällig ist auch, dass die AfD-Fraktionen Bildung deutlich weniger thematisieren als der



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank <https://kleineanfragen.de/>.

Durchschnitt, Umwelt und Soziales hingegen mehr, wie auch die schwach besetzten Felder Politisches und Links. Hier kann nur spekuliert werden, ob es zu diesen Überproportionalitäten durch die Kritik der AfD an umweltpolitischen Belangen, die Thematisierung von sozioökonomischen Problemen und Abwehrstrategien gegenüber vermeintlichem Linksextremismus und entsprechenden Aktivitäten kommt (vgl. Abbildung 5).

Die Thematisierungen durch die AfD fallen zwischen den Ländern zwar etwas unterschiedlich aus, aber im Grundsatz bleibt das Profil der Partei erhalten. In Berlin und Thüringen wird Migration am häufigsten behandelt (35,7 Prozent und 23,6 Prozent), in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am wenigsten (13,7 und 11,2 Prozent). Innere Sicherheit wird wiederum in Berlin sowie Mecklenburg-Vorpommern von der AfD am meisten zum Thema gemacht (20 Prozent und 16,2), am seltensten in Rheinland-Pfalz (5,2) und Sachsen-Anhalt (8,3) (vgl. Tabelle 5). Damit fallen die AfD-Fraktionen nirgendwo unter den Durchschnitt der Befassung mit Migration und Integration der Wettbewerber,

Tabelle 5: Themen Kleiner Anfragen der AfD in den Landtagen (in Prozent)

	Baden-Württemberg	Berlin	Brandenburg	Hamburg	Mecklenburg-Vorpommern	Rheinland-Pfalz	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Mittelwert AfD
Bildung	6,4	1,4	7,9	5,8	1,5	6,6	10,6	9,5	9,6	6,6
Migration	17,0	35,7	18,0	17,5	17,6	13,7	20,1	11,2	23,6	19,4
Landwirtschaft	0,2	0,0	0,2	0,0	0,0	0,4	0,2	0,6	0,0	0,2
Politisches	1,1	0,0	0,7	5,6	1,5	1,1	0,7	1,1	3,4	1,7
Soziales	7,7	5,7	3,0	3,0	7,4	8,5	5,6	11,7	7,5	6,7
Links	0,9	0,0	0,3	2,1	0,0	1,1	1,1	0,3	2,6	0,9
Sicherheit und Ordnung	12,6	20,0	15,9	15,2	16,2	5,2	15,2	8,3	15,4	13,8
Wirtschaft und Arbeit	4,2	0,0	2,8	0,0	1,5	1,5	3,2	2,9	1,6	2,0
Gesundheit	3,5	1,4	1,6	0,2	0,0	5,9	3,6	3,7	1,3	2,4
Infrastruktur	6,2	7,1	3,8	2,8	2,9	1,8	2,6	2,3	2,7	3,6
Kultur	2,9	0,0	1,0	2,4	0,0	1,1	3,2	0,3	1,4	1,4
Energie und Umwelt	6,6	7,1	1,7	2,6	14,7	7,7	1,4	3,4	3,2	5,4
Finanzen	5,3	1,4	3,1	2,8	5,9	3,3	5,9	14,6	6,1	5,4
Anzahl = 100 %	452	70	572	468	68	271	1.824	349	623	

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank <https://kleinanfragen.de/>.

wohl aber bei der Frage Innerer Sicherheit in den beiden Ländern, in denen dies am wenigsten behandelt wird und sogar auch in Sachsen mit einer relativ starken Thematisierung durch die anderen Parteien.

5. Folgen, Reaktionen, Perspektiven – zwischen Ausgrenzung und Abgrenzung

Was bedeutet die nunmehr vielfach beschriebene Bipolarität zwischen „Bewegungs-“ und Parlamentsorientierung für die Parlamentsarbeit, und wie reagieren die anderen Fraktionen darauf? Egal, ob die Doppelstruktur eine Strategie der AfD ist, wie aus einer Außenperspektive vermutet wird, oder ob sie einfach nur die Heterogenität und Pluralität innerhalb der AfD-Fraktionen widerspiegelt, wie von AfD-Vertretern dargelegt – sie macht den Umgang für die konkurrierenden Parteien schwierig. Die Präsenz der AfD in den deutschen Landtagen bleibt somit nicht ohne Folgen für die Interaktionsmuster in den Parlamenten. Die etablierten Parteien verwenden viel Zeit und Ressourcen darauf, sich auf den neuen parlamentarischen Wettbewerber einzustellen. Vielfach waren die politischen Akteure in den Parlamenten anfangs verunsichert und auch unbeholfen im Umgang mit dem Neuling. Mittlerweile sind Lernprozesse in der parlamentarischen Arena unverkennbar.

Insgesamt lassen sich drei Reaktionsstrategien im Umgang mit der AfD unterscheiden: (1) Ausgrenzung / Sanktionierung, (2) Ignoranz und (3) Auseinandersetzung / Abgrenzung. Die Strategie des Ausgrenzens und Sanktionierens findet sich vor allem zu Beginn in den westdeutschen Landesparlamenten und lässt sich etwa bei Änderungen der Geschäftsordnungen beobachten. Dies verschaffte den Parlamentsneulingen aber, so die häufige Reflexion in den geführten Interviews mit Gesprächspartnern aus anderen Fraktionen, die Möglichkeit, sich als ein Opfer zu inszenieren, das durch die etablierten Fraktionen in der Ausübung seiner Rechte eingeschränkt wurde. Auch offensive Angriffe einzelner Abgeordneter der etablierten Parteien, die sich beispielsweise wegen rassistischer Äußerungen von AfD-Abgeordneten erregten, wurden gern für dieses Narrativ gegenüber den eigenen Anhängern genutzt. Infolge dieser Erlebnisse und damit einhergehender Lernprozesse merkten zahlreiche etablierte Akteure jedoch, was viele Fraktionen in den ostdeutschen Landtagen durch ihre Erfahrungen mit NPD und DVU längst wussten und verinnerlicht hatten: Statt durch Ausgrenzung und Sanktionierung die AfD-Mitabgeordneten auf die parlamentarischen Gepflogenheiten festzulegen, wertete man sie auf, gab ihnen das, was sie wollten: die öffentliche Bühne.³³

Die Strategie des Ignorierens war nur temporär zu beobachten. So gab es etwa in Hamburg und Bremen den Versuch vonseiten der Regierungsfraktionen, Absprachen zu treffen, wonach bei Anträgen der AfD lediglich ein Mitglied dieser Fraktionen erwidern sollte. Auch in Thüringen und in Sachsen-Anhalt wurde dieses Vorgehen zeitweilig und situativ angewandt. In Brandenburg wiederum kam es phasenweise zum Schulterschluss der anderen Parteien, um ein Zeichen gegen fremdenfeindliche Äußerungen der AfD zu setzen. In solchen Fällen verabredeten die Parteien, dass nur ein Redner im Plenum auf die AfD reagieren sollte, um Geschlossenheit zu signalisieren und auch, um der AfD keine Bühne für

33 In den Ländern mit Vorerfahrungen mit rechtsextremen Parteien im Landtag (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt) hat es keine ähnlichen Abgrenzungsbeschlüsse wie zuvor gegeben, was darauf hinweist, dass die AfD als gleichberechtigte Konkurrenz behandelt wurde.

provozierende Aktivitäten zu verschaffen. Dieses Vorgehen scheiterte unter anderem daran, dass einzelne Abgeordnete sich nicht an die Vorgaben hielten. Infolgedessen wurde diese Strategie auch von der Fraktionspitze nach einer Weile aufgegeben. Hier wurde die Vermeidung der Opferrolle ebenfalls als Grund für den Wandel angeführt.

In Mecklenburg-Vorpommern nahmen die etablierten Parteien von einem Kurs Abstand, den sie in der Wahlperiode zuvor noch gegenüber der NPD eingeschlagen hatten. Der „Schweriner Weg“ – die gemeinsame, konsequente Frontstellung gegenüber der NPD – wurde im Fall der AfD nicht angewandt.

Nach einiger Zeit haben sich Muster sowie Präferenzen im Umgang der etablierten Parteien mit der AfD herausgebildet, die mit der Formel „Abgrenzen, ohne auszugrenzen“³⁴ auf den Punkt gebracht werden können. Weder ein Ausgrenzen noch ein Ignorieren der AfD haben sich in der Regel als wirksame und hinreichende Mittel erwiesen. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD stellt die Parteien vor allem deshalb vor große Herausforderungen, weil diese sich zum einen als Provokateur auf Kosten anderer zu profilieren weiß, zum anderen, weil die AfD so imstande ist, populäre Themen aufzugreifen und auf die politische Agenda zu setzen. Mit der Formel „Abgrenzen, ohne auszugrenzen“ wird zugleich deutlich, dass den Parteien keine einfachen Antworten auf die Herausforderung durch die AfD genügen. Vielmehr hat die Suche nach geeigneten Umgangsstrategien gezeigt, dass für sie Lernprozesse in Gang zu setzen waren und eine Notwendigkeit zur Professionalisierung ihrer Verhaltens- und Reaktionsmuster besteht. Denn wer die inhaltliche Auseinandersetzung sucht, wer also die AfD argumentativ stellen will, muss den Bürgern nicht nur gute politische Angebote unterbreiten, sondern darüber hinaus über ausgezeichnete rhetorische Fähigkeiten verfügen und darin geschult sein, den eigenen Standpunkt auch dann wirkungsvoll zu vertreten, wenn mit Provokationen oder Tabubrüchen in der Gegenargumentation der AfD zu rechnen ist. Wer als politische Kraft der AfD diszipliniert die Opferrolle in Parlament und Öffentlichkeit verwehren will, muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Abgeordneten in den Fraktionen geschlossen und diszipliniert agieren.

Eine besondere Herausforderung ist in der digitalen Arena zu sehen, denn hier bleibt die Formel „Abgrenzen, ohne auszugrenzen“ weitgehend wirkungslos. Einer Emotionalisierung mit sachlicher Argumentation zu begegnen, scheint kaum erfolgversprechend zu sein. Weder die Reichweiten noch die digitale Expertise sind derzeit in den Ländern vorhanden, um der AfD auf Augenhöhe zu begegnen.

Mit der komplexen, sich mehrfach brechenden Struktur zwischen der AfD als Partei, der AfD als parlamentarische Kraft und der AfD-Anhänger- und Wählerschaft sowie den unterschiedlichen Orientierungen der Flügel und Landesverbände in der AfD gehen für sie Risiken einher, die sie auch heute schon von innen herausfordern und die sich in der Zukunft verstärken könnten. Nimmt man nur die Spannungen zwischen Partei und „Bewegung“, so fällt auf und wird von AfD-Abgeordneten auch so angesprochen, dass mit der parlamentarischen Etablierung der Außendruck der Anhängerschaft, dies zu verhindern, wächst und eher in Richtung einer vorauseilenden Radikalisierung im Parlament wirkt. Derartige Spannungen treiben die beiden Pole Parlaments- und „Bewegungsorientierte“ noch weiter auseinander.

³⁴ So ähnlich auch die regierungstragende sachsen-anhaltische CDU-Fraktion, die „Abgrenzen statt Ausgrenzen“ als Strategie ausrief (vgl. CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt 2017; https://www.cdufraktion.de/wp-content/uploads/2017/01/Papier-zum-Umgang-mit-der-AfD_Final.pdf, Abruf am 25. Oktober 2017).

Gleichzeitig gehören diese divergenten Pole zu den zentralen Erfolgsfaktoren der Partei. Erst diese ermöglichen einerseits breitere Wählerkoalitionen, indem sie der Anhängerschaft die je eigene Unzufriedenheitsprojektion erlauben. Dieses Binnenspannungsfeld zeichnet andererseits die Arbeit in den Parlamenten aus und stellt eine der großen Herausforderungen für die Fraktionsvorsitzenden in ihrer Stabilisierungsfunktion dar. Das strategische Dilemma bleibt: Die Auflösung der Dichotomie gefährdet den Erfolg, die Beibehaltung ist mit Blick auf die Binnenspannung enorm schwer einzuhegen. Die AfD insgesamt und insbesondere das Zusammenspiel der einzelnen Landtagsfraktionen sind in diesem Sinne ein hochsensibles Konstrukt, das eines arbeitsfähigen strategischen Zentrums innerhalb der Bundesländer und zwischen den Bundesländern bedürfte.³⁵ Davon ist man aber weit entfernt, wenn man die Außenwirkung der Partei im ersten Halbjahr 2017 betrachtet, als klar wurde, dass die Vorstellungen über den künftigen Weg zwischen den Flügeln weit auseinander liegen und es mitnichten einen von allen zentralen Protagonisten geteilten Königsweg gibt. Stattdessen ist auch in der Partei konfrontatives Vorgehen gegen die jeweils andere Seite zu beobachten.

Abschließend soll gefragt werden, ob das Aufkommen der AfD nicht auch etwas Reanimierendes für den deutschen Parteienwettbewerb mit sich gebracht hat. Seit die AfD in die ersten Landesparlamente eingezogen ist und dadurch im Parteienwettbewerb mitmischt, ist die Wahlbeteiligung beginnend 2016 zwischen 4,1 (Baden-Württemberg) und 10,4 Prozentpunkte (Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern) gestiegen. Mit der AfD ist eine Repräsentationslücke rechts der Union gefüllt worden. Aber auch darüber hinaus zeigen sich latente Prozesse des Wandels. So kann zwar argumentiert werden, dass Parteien schon durch den bisherigen Wettbewerb sensibel auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren. Dennoch wurde deutlich, dass die Präsenz der AfD in den Landtagen diese Anstrengungen weiter forcierte. Die Parteien wollen weg von einer zu technokratischen Sprache, sie wollen inhaltlichen Repräsentationslücken, wie sie durch Große Koalitionen auf Bundesebene entstehen können, durch eine schärfere Profilierung begegnen. Unabhängig davon, was man von der Partei hält: Die AfD hat durch ihre parlamentarische und außerparlamentarische Praxis die anderen Parteien herausgefordert und damit zumindest indirekt Einfluss auf die politische Agenda genommen. Das sind Herausforderungen und Veränderungen, die im Rahmen einer intakten und leistungsfähigen Demokratie durchaus bearbeitet werden können, aber auch bearbeitet werden müssen.

Für die AfD selbst bleibt abzuwarten, ob Differenzierung und Uneinheitlichkeit bis zum innerparteilichen Konflikt ein Erfolgsrezept bleiben wird. Solange ihre strukturellen Bipolaritäten fortbestehen, wird sie sich nicht in Richtung einer „normalen“ Partei entwickeln können. Wird diese Struktur aufgegeben, birgt dies das Risiko elektoraler Abwendung. Noch machen diejenigen mit Anti-Establishment-, also „Gegen die da oben“-Orientierungen das maßgebliche Mobilisierungspotential der Partei aus. Derzeit ist nicht absehbar, ob innerhalb der AfD ein Prozess der Einhegung und Disziplinierung stattfinden wird. Die Auseinandersetzung zwischen den jeweiligen Polen ist nicht abgeschlossen. Anders als bei den Grünen, die sich durch den Parlamentarismus entradikalisierten, könnte bei der AfD der Druck von außen den entgegengesetzten Prozess befördern. In der derzeitigen Formierungsphase der Partei braucht sie beide Flügel. Die Zukunft der Partei bleibt damit offen.

³⁵ Zum strategischen Zentrum vgl. Joachim Raschke / Ralf Tils, Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden 2007.